

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Am 17. Dezember werden die beiden Vorsitzenden der Föderalismuskommission, der Bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, und der SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Müntefering die Ergebnisse nach gut zweijähriger Arbeit vorlegen.

Nach allem, was bis Redaktionsschluss zu hören war, fällt das ausgehandelte Konzept äußerst dünn und unvollständig aus. Dieses magere Ergebnis wird keinesfalls substanzieller, wenn man im Schlussgalopp noch schnell die Zuständigkeit für das Dienstrecht und die Besoldung der Beamten vom Bund auf die Länder verlagert. Eine solche Entscheidung wäre und bliebe falsch. Die Länder tun sich damit selbst keinen Gefallen. Wir stellen uns schon heute auf den Gedanken ein, dass in 16 Ländern und im Bund jeweils isoliert Gesetzgebungsverfahren über Dienstrecht und Besoldung der Beamten zu absolvieren sind. Damit wäre das Gegenteil dessen erreicht, was von der Politik immer verkündet wird - schlanke Strukturen! Eine Verlagerung auf die Länder bedeutet: Was man bisher in einem Gesetzgebungsverfahren erledigt hat, ist künftig in 17 selbständigen Gesetzgebungsverfahren zu regeln. Von einem effizienten Verhalten des Gesetzgebers kann hier wahrlich nicht gesprochen werden. Sollte dies tatsächlich in dieser Form eintreten, werden wir uns darauf einstellen, in 16 Länderparlamenten mit den Damen und Herren Abgeordneten um unsere Strukturen zu streiten. Ob die Landesparlamente daran Freude empfinden, wage ich zu bezweifeln. Immerhin beginnen einige Ministerpräsidenten umzudenken. Sie stellen sich wohl selbst die Frage: Was nutzt es eigentlich, sich diese Kompetenzen übertragen zu lassen? Außer Arbeit und Ärger nichts! Ihr Ansehen oder ihre Wichtigkeit wird damit nicht größer. Wir werden jedenfalls nicht nachlassen, auch jene Ministerpräsidenten, die an der Zuständigkeit noch Gefallen finden, zu überzeugen, dass sie sich Steine statt Brot einhandeln.

Insgesamt geht es bei dieser Operation auch um die Glaubwürdigkeit von Politik. Wenn unser Grundgesetz von gleichen Lebensverhältnissen im ganzen Bundesgebiet ausgeht, kann man bei Beschäftigungs- und Bezahlungsstrukturen im öffentlichen Dienst nicht zurück in Kleinstaaterei verfallen. Innerhalb der Rubrik Glaubwürdigkeit fällt leider auch das Verhalten von Bundesfinanzminister Eichel unangenehm auf. Er beklagt zwar Defizite im Steuervollzug und fordert, die

Verlagerung der Zuständigkeit von den Ländern auf den Bund, um einheitliche Strukturen schaffen zu können. Die Länder verteidigen ihre Position, weil sie fürchten, mit dem Weggang der Steuerverwaltung würden Macht und Einfluss schrumpfen. Hans Eichel fordert ersatzweise wenigstens Steuerungs- und Koordinierungsfunktionen. Dagegen ist nichts einzuwenden. Aber auch dies lehnen die Länder ab.

In einem Gespräch habe ich Finanzminister Eichel dann klar gemacht, dass die von ihm beklagten Defizite in der Steuerverwaltung noch um ein Stück wachsen, falls über die Zuständigkeit für Dienstrecht und Besoldung in Länderhand überginge. Dies müsse vermieden werden, war Eichel sich mit der DSTG einig. Einen Tag später stimmte er aber in einer Ministerrunde des Kabinetts einer Verlagerung der Kompetenzen auf die Länder dennoch zu. Obwohl sich am Sachverhalt nichts geändert hat. Er fällt damit, wie viele andere Kollegen, Bundesinnenminister Schily in den Rücken, der eben erst mit uns das Eckpunktepapier über eine bundesweite Neuregelung von Dienstrecht und Besoldung erarbeitet hat und bundeseinheitlich umsetzen möchte. Vertrauenserweckend ist ein solches Verhalten der Bundesregierung keineswegs.

Eine politische Fehlleistung erlaubt sich der Finanzminister mit der Ankündigung, es werde im kommenden Jahr im öffentlichen Dienst eine Nullrunde geben. Dies kann seine Absicht sein, aber bestimmen kann er es nicht! Eichel ist dafür nicht einmal zuständig. Besoldungsgespräche und Tarifverhandlungen werden mit dem Bundesinnenminister geführt. Und bisher haben die Gewerkschaften den bestehenden Tarifvertrag noch nicht einmal gekündigt und auch keine Forderungen erhoben. Der Bundesfinanzminister riskiert durch ein solches Verhalten, das Ansehen und das Vertrauen, welches die Beschäftigten der Steuerverwaltung in ihn gesetzt haben, zu verlieren. Ohne die engagierte Arbeit der Kolleginnen und Kollegen in der Steuerverwaltung wird er seine Haushaltsschwierigkeiten nicht lösen können. Deshalb ist Demotivation genau das Falsche, was unsere Finanzminister derzeit tun können.

Trotz dieser wenig frohen Botschaften haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, es verdient, am Weihnachtsfest ein wenig abzuschalten und sich sorgenfrei einige Tage zurücklehnen zu können.

Ich wünsche Ihnen eine erholsame Zeit, Ruhe und Besinnung und ein friedvolles Weihnachtsfest.

Für das neue Jahr 2005 wünsche ich uns allen, dass es uns gelingt, die Angriffe auf unser Dienstrecht und unsere Geldbeutel abzuwehren. Wir alle arbeiten mit Macht daran.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen ein gutes, neues Jahr.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr

Dieter Ondracek